Deutscher Bundestag **Drucksache 16/6963**
16. Wahlperiode 07. 11. 2007

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Harald Leibrecht, Gudrun Kopp, Jens Ackermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/4207 –

Deutsche Unternehmen vor chinesischer Produktpiraterie und Diskriminierung schützen

A. Problem

Mögliche Klagen der EU vor der WTO bei Fällen von Produktpiraterie, Entwicklung wirksamer Präventivstrategien, geographische Ursprungsbezeichnungen, keine Akzeptanz der Diskriminierung deutscher Firmen in China, Maßnahmen gegen illegale Informationsgewinnung.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/4207 abzulehnen.

Berlin, den 24. Oktober 2007

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Edelgard Bulmahn	**Rolf Hempelmann**
Vorsitzende	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Rolf Hempelmann

I. Überweisung

Der Antrag der Fraktion der FDP auf **Drucksache 16/4207** wurde in der 102. Sitzung des Deutschen Bundestages am 13. Juni 2007 dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie dem Auswärtigen Ausschuss und dem Rechtsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt des Antrags

Die Antrag stellende Fraktion der FDP stellt fest, dass inzwischen die chinesische Produktpiraterie das größte wirtschaftliche Problem für europäische Unternehmen darstelle. Die Hälfte der an Europas Grenzen sichergestellten Raubkopien stamme aus China. Neben den großen wirtschaftlichen Verlusten seien die kopierten Produkte zum Teil eine erhebliche Gefahr für die Verbraucher. Als Beispiele nennen die Antragsteller qualitativ minderwertige Autoscheiben oder gesundheitsschädlich billig produzierte Medikamente. Die Bundesregierung soll bei den europäischen Partnern darauf drängen, auch Klagen vor der Welthandelsorganisation bei eindeutigen Fällen von Produktpiraterie in Erwägung zu ziehen. Bisher sehe die EU von einer solchen Klage, wie die USA sie anstrebten, ab. Die Regierung dürfe auch nicht allein auf das bisher erfolglose Konzept „Kooperation statt Konfrontation“ setzen. Dies habe die erheblichen Verluste deutscher und europäischer Unternehmen in den vergangenen Jahren nicht verhindern können. Die Regierung müsse deshalb Projekte fördern, die Firmen für die Entwicklung von Präventivstrategien gegen internationale Produktpiraterie entwickelten. Ferner müsse der Regierung in Peking unmissverständlich deutlich gemacht werden, dass eine Diskriminierung deutscher Firmen in China nicht akzeptabel sei. Peking zwinge immer häufiger deutsche Unternehmen dazu, einen Teil ihrer Forschungs- und Entwicklungsabteilungen in das Land zu verlegen. Auf diese Weise würden die Vorlagen zum Abkopieren frei Haus mitgeliefert.

Wegen der Einzelheiten wird auf Drucksache 16/4207 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage in seiner 51. Sitzung am 24. Oktober 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

Der **Rechtsausschuss** hat die Vorlage in seiner 77. Sitzung am 24. Oktober 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 16/4207 in seiner 48. Sitzung am 24. Oktober 2007 abschließend beraten.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/4207 zu empfehlen.

Berlin, den 24. Oktober 2007

Rolf Hempelmann
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333